

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden
Adressen & Rumpf, Nr. 20015.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffont: Geb. Reinhold, Dresden.

Abohmentpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierjährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9.00 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 201.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nacht.

Abonnementpreis: die 7 geplante Monatshefte 50 Pf., darauf 40 Prozent Steuerzuschlag, bei Familienangelegenheiten die Zeile 60 Pf. (ohne Aufschlag). Untersteht sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorhergebrachten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 224

Dresden, Sonnabend den 27. September 1919

30. Jahrg.

Regierungsumbildung im Reich

Wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, wird mit der Demokratischen Partei bereits seit längerer Zeit über ihren Wiedereintritt in die Regierung verhandelt. Die Demokraten sind seinerzeit aus der Regierung nur ausgeschieden, weil sie mit der Annahme des Friedensvertrags nicht einverstanden waren. Im übrigen hatte sich an der politischen Situation nichts geändert, was ihre Trennung von den beiden anderen Mehrheitsparteien gerechtfertigt hätte. Jetzt ist die Friedensfrage erledigt und es ist daher begreiflich, wenn die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in das Reichskabinett von neuem auftaucht wird. Zentrum und Sozialdemokratie verfügen zwar allein über eine Mehrheit in der Nationalversammlung, aber es ist in der gegenwärtigen schweren Zeit sicher sehr wünschenswert, wenn die Reichsregierung von einer recht großen Mehrheit getragen wird und deswegen würden die beiden Parteien, die jetzt die Regierung bilden, den Wiedereintritt der Demokraten in das Reichsministerium nicht ungern sehen.

Von demokratischer Seite sollen, wie aus Berlin gemeldet wird, die Herren Schiffer, Dernburg und Golt als Minister vorgeschlagen worden sein. Es wird behauptet, daß die Demokraten u. a. auch den Posten des Reichsfinanzministers für einen der ihrigen, und zwar für Dernburg, verlangen. Das würde bedeuten, daß Erzberger aus seiner gegenwärtigen Stellung ausscheiden müßte. Wir sind der Meinung, daß diese Forderung der Demokraten auf keinen Fall erfüllt werden darf. Erzberger mag mancherlei auf dem Thierholz haben, aber auch wir Sozialdemokraten müssen unter den gegenwärtigen Umständen wünschen, daß der Mann an seiner Stelle bleibt. Er ist bei Beginn des Krieges wie viele andre ein eifriger Anhänger nicht gewesen, aber es wäre verschaf, ihm das heute noch nachzutragen. Erzberger ist nun einmal kein Sozialdemokrat und man kann nicht verlangen, daß er die Dinge mit den Augen sieht, mit denen sie ein Sozialdemokrat sehen muß. Erzberger hat aber nicht die Verantwortlichkeit der Alldeutschen befreit, die an ihren blödsinnigen monarchistischen Zielen noch festhielten, als jedes Kind einfühlen mußte, daß sie unverfügbar seien. In einer Zeit, wo noch vieles gutzumachen gewesen wäre, ist er mit der größten Energie für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Er war einer der ersten aus den bürgerlichen Parteien, der den Mut und die Einsicht hatte, die Wahrheit über Deutschlands Lage zu sagen. Seitdem er Finanzminister ist, hat er sich als ein Mann von anerkennenswerter Energie erwiesen und wenn er in einer gewissen Presse mit Schmuck beworben wird, so ist das sicher nicht zum wenigsten dem Umstand zu zuschreiben, daß er nicht davor zurücksteht, dem Geldbeutel der Kapitalisten recht kräftig zuleide zu gehen. Er zeichnet sich in diesem Punkte sehr zu seinem Vorteil von seinen demokratischen Vorgängern, den Herren Schiffer und Dernburg, aus, die kostbare Zeit nutzlos verstreichen ließen.

Die Demokraten sind bisher als besonders eifige Befürworter der freien Wirtschaft aufgetreten und ihrem Einfluß im Kabinett und in der Nationalversammlung ist es zum guten Zweck zu danken, wenn man den ebenso verfehlten wie gewagten Versuch gemacht hat, die Zwangswirtschaft zu löschen. Das deutsche Volk bekommt jetzt die Folgen dieser Forderungsverlasse in Gestalt ungemein hoher Preise zu spüren, und wenn wir demnächst für ein Paar Schuhe annähernd 200 M. bezahlen müssen, so haben wir das der törichten und ungezüglichen Schwärmerie für die sogenannte freie Wirtschaft zu verdanken. Die Sozialdemokratie hat freilich an dem hier gemachten unverantwortlichen Fehler keine Schuld. Die Aufhebung der Leidzwangswirtschaft ist in einem Ausschluß der Nationalversammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei gefaßt worden. Aber da wir in der Regierung sind, werden wir derartige Mißgriffe mit verantwortlich gemacht und wir müssen uns daher davon schützen, daß derartige Dinge wieder passieren. Wenn die Demokraten in die Regierung eintreten, müssen sie sich bereit erklären, auf weitere Experimente mit der sogenannten freien Wirtschaft zu verzichten. Genosse Wissell, den wir in unserm Blatt noch ausführlich zu Wort kommen lassen werden, kann jetzt, aufgrund auf die Erfahrungen der letzten Zeit, nachweisen, wie recht er mit seiner Forderung nach einer planmäßigen Wirtschaft hatte. Wenn die Demokraten nichts davon wissen wollen, daß nun endlich in Deutschland planmäßig gewirtschaftet wird, dann können unsrer Ansicht nach die Vertreter unserer Großfamilie nicht zusammenarbeiten. Die Wirtschaftspolitik, die in den letzten Monaten seit Wissells Abtritt bei uns getrieben wurde, hat eine verbannte Abneigung mit einer Bankrottpolitik der ärgsten Art, die nicht so weitergehen darf. Eine Politik der planmäßigen Regelung unserer Wirtschaft, wie sie Wissell verlangt, ist unabdingt nötig, wenn sich überhaupt das deutsche Volk aus seinem Elend berarbeiten soll. Sehr gern würden wir es sehen, wenn Genosse Wissell recht bald wieder einen Platz in der Regierung einzunehmen und es wäre die Aufgabe unserer Fraktion, ihm bei vorsender Gelegenheit den Weg zu einem verantwortlichen Posten zu ebnen. Die Vorgänge der letzten Wochen und Monate haben doch mehrfach den deutschen Volke und der deutschen Regierung einen zu deutlichen Anschuldigungsbericht darüber gegeben, wie richtig Wissell erkannt hatte, was dem deutschen Volke in der gegenwärtigen Zeit notzt.

Die Demokraten in der Regierung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In der Deutschen Nationalversammlung beschäftigt seine Partei über die absolute Mehrheit. Sie S. P. D. kann als die stärkste Partei im Reiche nur im Verein mit der Partei regieren, die ihr die Mehrheit des Parlaments sichert. Solch eine Politik bringt natürlich Schwierigkeiten innerhalb der Regierung und bringt zu Kompromissen, die von jeder Regierungspartei Opfer erfordern. Die heutige Regierung sieht sich zusammen mit Sozialdemokratie und Zentrum. Daburch wird die Sozialdemokratie gewungen, in sozialpolitischen Fragen Konzessionen zu machen. Durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett würde zwar der Einfluß des Zentrums in diesen Fragen eingeschränkt werden, auf der andern Seite aber der Widerstand der Demokraten in sozialpolitischen Fragen in Erscheinung treten und zu Kompromissen auf diesem Gebiete führen. Die Stellungnahme der Demokraten in den Abschlußverhandlungen über das Betriebsrätegesetz läßt bei dieser Partei das notwendige sozialpolitische Verständnis vermissen. Durch ihre Redner läßt sie erkennen, daß sie gegen die Vorlegung der Milang und gegen die Teilnahme der Arbeiterräte ein Ansichtsort sei. Die Demokraten werden sich also gegen die Einschränkung des kapitalistischen Einflusses. Sollten sie auf diesem Standpunkt verharren, so muß ihnen mit aller Deutlichkeit erläutert werden, daß ihr Eintritt in die Regierung für uns unmöglich ist.

Wohl ist die Trennung von Staat und Staat und die Führung der weltlichen Schule nach unserer Auffassung notwendig, im Interesse des Staates und des Volkes. Wichtiger aber ist ohne Zweifel die Erhaltung der wirtschaftlichen Lage, daß Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei Festlegung der Arbeitsbedingungen und Regelung der Produktion. Das Betriebsrätegesetz soll ein Schritt auf diesem Wege sein — der erste! Es muß unter allen Umständen gemacht werden und darf nicht dem Wunsche nach Stärkung der Regierung gewalt, er mag noch so berechtigt sein, geopfert werden.

Die Erhaltung der Produktion ist heute die Hauptaufgabe der Regierung. Dazu ist aber zunächst eine Erhaltung der Arbeitslust unumgänglich, um das zu erreichen, ist die Durchführung des Betriebsrätegesetzes geeignet. Mit der Steigerung der Produktion wird sich das gesamte Wirtschaftsleben heben, die Arbeitslosigkeit sinken, wird allmählich wieder Ruhe und Ordnung im Lande einkehren. Verschließen sich die Demokraten dieser Einsicht, stellen sie die Interessen des Kapitals über die des Volkes, dann werden wir trotz der Regierungsschaft zum Zentrum auf andern Gebieten mit ihm den Kampf um die soziale Welschberechtigung von Arbeiter und Unternehmer kämpfen — wie es für wahre Demokraten eine Selbstverständlichkeit ist.

Wer wird Minister?

Über den bevorstehenden Wiedereintritt der Demokraten in das Reichskabinett erhält das B. T. von parlamentarischer Seite:

Die Aufschließung über den Wiedereintritt muß heute oder morgen fallen, da die Frage bei der am Sonntag abend stattfindenden Konsensversammlung bereit gefüllt sein soll. Es wird diesmal, und zwar

zum erstenmal, die Behandlung der materiellen Frage separat erfolgen, daß die Ministerposten des Reichspräsidenten den einzelnen Personen angeboten werden. Über die Zahl der zu besetzenden Stellen ist zu sagen, daß es selbstverständlich ist, daß die Demokraten nur dann wieder in das Kabinett eintreten werden, wenn ihnen die gleiche Machtfülle zugestellt wird wie vor ihrem Ausscheiden. Da zur Zeit nur das Reichsjustizministerium unbewohnt ist, so müßte also der Rücktritt von mindestens zwei Ministern benötigt werden. Außerdem dürfte die Fraktion auch Anhörung darauf erheben, die Stelle des Justizkantors zu besetzen. Als neue Postenübersetzungsfälle könnten das Verkehrsministerium und eventuell das Reichsamt des Innern in Betracht. Ob Dr. David, der stark ist und sich beweglich mit Rückblicksabsichten traut, weiterhin im Staatsdienst verbleiben wird, erscheint fraglich.

Über Veränderungen in der Reichsregierung glaubt die sozialistische Zeitung mittlerweile zu können, daß die Neubesetzung des steuernden Reichsministeriums des Innern aller Wahrscheinlichkeit nach die Stellung des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung ändern werde. Für das Reichsministerium des Innern scheint gleichermaßen bestimmt der Hamburger Senator Petersen in Aussicht genommen zu sein. Das noch immer unbekannte Reichsjustizministerium würde für den Fall des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung Herr Schäffer übernehmen.

Die Demokraten verlangen also ebenfalls Sitz in der Regierung, wie sie vor ihrem Ausscheiden innehatten, und so möglichen, nach der Meinung des Tageblatts, zwei der im Amt befindlichen Minister zurücktreten, um den eintretenden Demokraten Platz zu machen.

Da das Ministerdorf am heutigen Tag nicht seine ungemischte Freude ist, würden sich auf Aufruf gewiß genugliche Freiwillige finden, die bereit sind, sich von der Regierungsbühne in das Vorfeld der Nationalversammlung zurückzuziehen. Dann sind aber nicht die grundsätzlichen Bedenken bestellt, die gegen die Auffassung der Demokraten, wenn sie das Berliner Tageblatt richtig wieder gibt, zu erheben sind. Es ist nicht richtig und bedeutet eine Gefährdung des parlamentarischen Systems, wenn parlamentarische Minister zurücktreten, ohne daß eine unmittelbare Notwendigkeit vorliegt, eine solche liegt aber erst dann vor, wenn die Inhaber des Amtes zur Wehr steht — der erste! Es muß unter allen Umständen gemacht werden und darf nicht dem Wunsche nach Stärkung der Regierung gewalt, er mag noch so berechtigt sein, geopfert werden.

Wohl ist die Trennung von Kirche und Staat und die Führung der weltlichen Schule nach unserer Auffassung notwendig, im Interesse des Staates und des Volkes. Wichtiger aber ist ohne Zweifel die Erhaltung der wirtschaftlichen Lage, daß Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei Festlegung der Arbeitsbedingungen und Regelung der Produktion. Das Betriebsrätegesetz soll ein Schritt auf diesem Wege sein — der erste! Es muß unter allen Umständen gemacht werden und darf nicht dem Wunsche nach Stärkung der Regierung gewalt, er mag noch so berechtigt sein, geopfert werden.

Was bedeutet es unter dem parlamentarischen System, wenn eine Partei sich dazu erklärt, in die Regierung mit einzutreten? Es bedeutet, daß sie unter gewissen politischen Voraussetzungen besteht, die Minderheitsverantwortung für den gesamten Regierungskurs zu übernehmen und ihn im Parlament zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist die Organisation der Regierung als eine kollektive Behörde, die in wichtigen Fragen durch Mehrheit ihrer Mitglieder bereitgestellt ist. Darum ist der Anspruch jeder Regierungspartei berechtigt, entsprechend ihrer Sicht im Kabinett vertreten zu sein. Dieser Anspruch läßt sich aber auch befriedigen, indem man eine entsprechende Anzahl von Ministern ohne Postenübersetzung erneut. Die Kosten, die daraus entstehen, bedeuten einen geringeren Schaden als die aus parlamentarischen Rücktrittsversammlungen immer neu erfolgenden Verschiebungen, in den Besitzverhältnissen.

Will Russland den Frieden?

Amsterdam, 26. September. Dem Allg. Handelsblatt zufolge wird aus Helsingfors gemeldet, daß Lenin dem aus Woskau zurückgekehrten Korrespondenten Dr. Goode die Aufgabe übertraut habe, der britischen Regierung Friedensvorschläge zu überbringen.

Dem gegenüber scheint der Kommissar für das Kriegswesen, Trotski, keineswegs an die Einstellung der Feindseligkeiten zu denken. Nach dem Pressebüro Radio teilten New York Herald und andre amerikanische Blätter mit, daß Trotski erklärt habe, der weitumfassende Kampf gegen den Kapitalismus werde gegen Amerika und England fortgesetzt werden.

Niederlage der Bolschewisten

Noch einem Telegramm aus Warschau ist die große Schlacht bei Krakau zu an der Düna nach zehntägigem Verlauf mit einem vollständigen Sieg der polnischen Truppen entschieden worden. Bedeutende bolschewistische Streitkräfte wurden umringt und aufgehoben. Die Polen machten über 1500 Gefangene; außerdem wurde viel Kriegsmaterial erbeutet. Das ganze Südufer der Düna zwischen Dünaburg und Düne ist im polnischen Besitz.

Die russische Presse meint, die letzte bolschewistische Offensive bei Vilow sei nur eine Dekoration, um zu zeigen, daß die Bolschewisten noch in der Lage seien, Krieg führen zu können. Offenbar sind die Bolschewisten mit dem Ergebnis der Friedensverhandlungen in Pjotrowgrad zufrieden.

Der Konflikt in Kurland

Zwischen dem Führer des 6. Reservekorps in Kurland, Generalmajor Graf v. d. Goltz, und dem Chef der Entente-

mission in Riga hat folgender Schriftwechsel stattgefunden:

An den Kommandierenden General des 6. Reservekorps.

In Ihrem Schreiben Nr. 584 vom 4. September ist beobachtet worden, daß Ihre Regierung die Gefahr ungefährlicher Handlungen deutscher Soldaten in Kurland vorwirkt.

Im Antritt der Zeit, die verstrichen ist, seitdem Paris den Befehl gab, die deutschen Truppen aus Kurland herauszuziehen, und der Siedlungspolitik, die während dieser Zeit unter den deutschen Truppen praktiziert worden ist, ist es unwahrscheinlich, daß irgend jemand anders für den augenblicklichen Stand der Dinge verantwortlich gemacht werden kann als die deutsche Führung.

Zur Vermeidung irgendwelcher Irrtümer wollen Sie mir bitte sobald wie möglich eine Liste derjenigen Leute einlefern, die sich selbst außerhalb des Gefechts gestellt haben.

Gen. Alfred Burt

Brigadegeneral,

Chef der alliierten Militärmision.

Darauf erfolgte die Antwort:

An den Chef des alliierten Militärmision, Riga.

Zu Ihrem Schreiben vom 10. September B. M. R. Nr. 584 überreicht am 15. September:

Ein Einsehen auf Ihre Gedanken in den beiden ersten Absätzen Ihres Schreibens lehne ich ab.

Im letzten Absatz Ihres Schreibens wagen Sie es, mich zu erzählen, Ihnen einige meiner Landsleute als Schuldige anzugeben.

Ich sehe in dieser Auskunft eine schwere Beleidigung meiner Person und des deutschen Nationalgefühls. Ich möchte Ihnen daher erzählen, derartig widerliche Ansichten in Zukunft weder mit noch meinen Untergebenen zu stellen. Ich würde gebeten sein, jeden Bericht mit Ihnen abzubrechen und jeden Engländer aus dem noch von deutschen Truppen besetzten Gebiet auszuweisen, da die Sicherheit alliierter Missionen, die den deutschen Nationalstaat abschütteln und schafft besiegen, ausgeschlossen ist.